



NRW-Info



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
IV NRW e.V.

www.bund-nrw.de

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN

Februar 2010

+++ **Inhalt:** Internationales Jahr der Biodiversität - S. 2 +++ Schmetterling des Jahres - S. 3 +++ BUND sichert Biotop, Chaos im Naturschutzrecht - S. 4 +++ Preis für Dortmunder BUND-Projekt, Klage soll Uhu retten - S. 5 +++ Auszeichnung für BUND-Spechte, Knöllchen für Klimasünder - S. 6 +++ Landtagswahl 2010: Bilanz Schwarz-Gelb, BUND-KandidatInnencheck - S. 7 +++ Protest gegen Lex E.On, Neue BUND-Fotovoltaikanlage, Impressum - S. 8 +++



2010 im Zeichen der biologischen Vielfalt

Internationales Jahr der Biodiversität

2010 im Zeichen der biologischen Vielfalt

Die Vereinten Nationen haben 2010 zum „Internationalen Jahr der Biodiversität“ ausgerufen. Somit erhält auch der BUND eine Plattform, auf der dem Erhalt der Biodiversität und den dafür notwendigen Maßnahmen mehr Öffentlichkeit verschafft werden wird.



Biodiversity is life
Biodiversity is our life

Aber was bedeutet Biodiversität eigentlich?

Der Begriff setzt sich zusammen aus dem altgriechischen Wort für Leben und der lateinischen Übersetzung für Verschiedenheit, meint also die „Vielfalt des Lebens“. Spätestens seit dem Erdgipfel 1992 in Rio und der dort ausgehandelten „Konvention zur biologischen Vielfalt“ ist die Biodiversität zentraler Gegenstand wissenschaftlicher und politischer Auseinandersetzung. Es geht hierbei nicht allein um Artenvielfalt, sondern auch um die genetische Vielfalt innerhalb von Arten sowie die Vielfalt von Ökosystemen. Dabei ist Vielfalt durchaus wörtlich zu nehmen, denn eine Bevorzugung bestimmter Arten und Lebensräume gibt es nicht.

Nordrhein-Westfalen hat mit rund 43.000 Pflanzen- und Tierarten eine große biologische Vielfalt zu bieten. Fakt ist leider: auch in Nordrhein-Westfalen hält der Verlust von Biodiversität an. Etwa die Hälfte aller heimischen Arten steht auf der „Roten Liste“. Das hat mehrere Gründe.

Die konventionelle Intensiv-Landwirtschaft ist nach wie vor Hauptursache des Verlustes an Artenvielfalt. Auch der Flächenverbrauch zu Gunsten von Siedlungen, Gewerbe und Verkehr geht unvermindert weiter. Täglich werden 15 Hektar in Anspruch genommen, was der Größe von etwa 20 Fußballfeldern entspricht. Etwa die Hälfte davon wird versiegelt.

Ein anderer wesentlicher Grund ist die Art der Nutzung auf den verbleibenden Grünflächen. Zwar stieg die Zahl der Naturschutzgebiete bis 2009 auf einen Anteil von etwa 8 % der Landesfläche an, doch liegen diese Schutzgebiete meist isoliert voneinander, und es werden dort oft nur auf einem geringeren Flächenanteil geeignete Maßnahmen umgesetzt. Die entscheidende Erkenntnis ist aber: die Ausweisung von Schutzgebieten allein reicht nicht aus. Und es reicht nicht aus, sich allein auf schon gefährdete Arten und Lebensräume zu konzentrieren.

Nehmen wir als Beispiel die neueste Rote Liste Nordrhein-Westfalens, die der Vögel, 2008 herausgegeben

von der Nordrhein-Westfälischen Ornithologengesellschaft und der Vogelschutzwarte. Es gab große Erfolge bei populären „Flaggschiffarten“ wie Uhu und Wanderfalke, die von speziellen Artenschutzmaßnahmen des Landes und dem ehrenamtlichen Engagement der Naturschutzverbände profitiert haben. Eine im 20. Jahrhundert ausgerottete Art wie der Kolkkrabe konnte aufgrund des Jagdverbots von selbst wieder einwandern und sogar von der Liste der gefährdeten Arten gestrichen werden. Demgegenüber steht - bei vorsichtiger Schätzung - ein Rückgang der Gesamtzahl von Brutpaaren aller Vogelarten um 20 % in den letzten 25 Jahren. Davon betroffen sind vor allem ehemalige „Allerweltsarten“ wie Baumpieper und Feldlerche. Gerade bei den Arten der Agrarlandschaft, Heiden und Moore ist der Bestandstrend nach wie vor negativ und zum Teil dramatisch. Grauammer, Braunkehlchen und Steinschmätzer stehen kurz vor dem Aussterben.

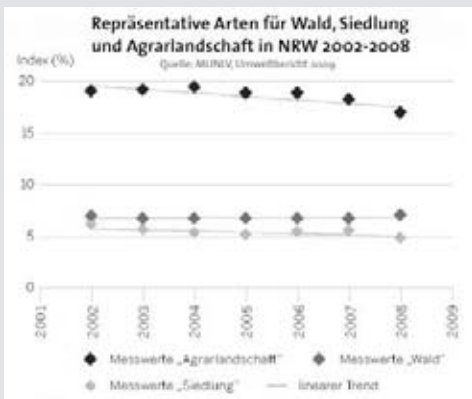
Es wird deutlich: Wälder, Gewässer und ihre Bewahrung vor dem Zugriff des Menschen reichen bei weitem nicht aus, um den Reichtum eines Landes wie NRW, das ausschließlich aus Kulturlandschaften besteht, zu erhalten. Vielmehr sind die Förderung aller Lebensraumtypen, die Ausweitung der Kulturlandschaftspflege und der Wildnisentwicklung mit einst ausgerotteten großen Pflanzenfressern, die Vernetzung der Schutzgebiete sowie die verstärkte Integration von Schutzmaßnahmen bei der Bewirtschaftung unserer Gärten, Erholungsgebiete, land- und forstwirtschaftlichen Flächen der Schlüssel. Wer Biodiversität will, muss Vielfalt fördern.

Holger Sticht

Offizielle Homepage der Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Biodiversität: www.cbd.int/2010/welcome/

Der Autor ist Mitglied im BUND-Landesvorstand und Sprecher des Landesarbeitskreises Naturschutz. Kontakt: holger.sticht@bund.net Foto: A. Baumgartner





Repräsentative Arten verdeutlichen Abwärtstrend

Die Bestandsentwicklung der repräsentativen Arten verdeutlicht den Abwärtstrend in Bezug auf die biologische Vielfalt in NRW. Einzig die Situation für die Waldlebensgemeinschaft ist zwischen 2002 und 2008 stabil geblieben.

Für die verschiedenen Landschaftstypen wurden 10 charakteristische Vogelarten ausgewählt. Um eine Bewertung zu ermöglichen, werden die in der Normallandschaft ermittelten Bestandszahlen zu Vergleichszahlen von Referenzflächen in Naturschutzvorranggebieten ins Verhältnis gesetzt. Je kleiner der Index, desto schlechter die Qualität von Biotopen und die Eignung der Landschaft als Lebensraum.

Gefährdete Schönheit

Der Schönbär ist Schmetterling des Jahres 2010

Die BUND NRW Naturschutzstiftung hat gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. den Schönbär (*Callimorpha dominula*) zum Schmetterling des Jahres 2010 gekürt. Für die Jury ist der Falter im Internationalen Jahr der Biodiversität ein Symbol für die faszinierende und bunte Vielfalt der Natur und ihrer zunehmenden Bedrohung.

Der Schönbär gehört zu den wenigen Nachtfalterarten, die auch tagsüber aktiv sind. Von den rund 3.700 heimischen Schmetterlingsarten zählen nur etwa 190 Arten zu den Tagfaltern, der überwiegende Teil sind jedoch Nachtfalter.

Der Schönbär kommt in lichten und feuchten Wäldern vor, die durch intensive Forstwirtschaft und die Trockenlegung von Kleingewässern immer seltener werden. Das Mähen von Wegrändern und Bachufern zerstört außerdem die Pflanzen, auf denen die Raupen leben. Bundesweit ist der Schönbär daher in den letzten 30 Jahren deutlich zurückgegangen und gilt in Nordrhein-Westfalen inzwischen als „stark gefährdet“. Schutzmaßnahmen sind naturschonende Waldbewirtschaftung sowie Erhalt von Hochstaudenfluren, Teichen und Bächen im Wald.

Vor Vögeln schützt sich der Schmetterling mit einer Warnfarbe: Droht Gefahr, zeigt er seine leuchtend roten Hinterflügel, die auch im Flug gut zu sehen sind. Auf diese Weise signalisiert er, ungenießbar zu sein. In der Ruhestellung legt der Schmetterling seine schwarzen Vorderflügel mit den gelben und weißen Flecken dachförmig übereinander und ist damit gut getarnt.

Die Schmetterlinge haben eine Spannweite von etwa fünf Zentimetern und saugen im Juni und Juli Nektar an Disteln und anderen Blüten. Der Schönbär ist mit Ausnahme von Nordskandinavien und dem südlichen Mittelmeerraum in ganz Europa verbreitet.

Die Weibchen legen ihre Eier nach der Begattung an verschiedene Pflanzen wie Brennnessel, Taubnessel, Hahnenfuß oder Himbeere ab. Im August schlüpfen die fast durchsichtigen Raupen, die zunächst in Gruppen zusammenleben. Die älteren Raupen sind dunkelgrau mit gelben Streifen. Die Schmetterlingsraupen überwintern im Laub und verpuppen sich Ende Mai in der obersten Erd- oder Krautschicht.

Seinen Namen verdankt der Falter seiner auffälligen Färbung und der „bärenartigen“ Behaarung als Raupe. Die dichte Behaarung schützt die Raupen vor Fressfeinden, die ihre Beute so nur schwer fassen können. Der wissenschaftliche Name *Callimorpha dominula* stammt aus dem Griechischen und bedeutet „die schöngestaltige kleine Herrin“ (Kallos = Schönheit; Morpha = Gestalt; Dominula = kleine Herrin).

Mit dem seit 2003 gekürten „Schmetterling des Jahres“ macht die Stiftung auf den bedrohlichen Rückgang der Schmetterlinge aufmerksam. Insgesamt gelten in NRW mehr als die Hälfte der Tagfalter als bedroht, da Schmetterlinge häufig sehr hohe Ansprüche an ihre Umgebung stellen und sogar als Zeigerarten für Qualität und Vielfalt von Lebensräumen gelten. (jb)

Mehr Infos: www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de



H. Schöps



Gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Bornheim, Wolfgang Henseler (l.), Vertretern des Landschaftsschutzvereins Vorgebirge und der BUND Kreisgruppe Rhein Sieg Kreis inspizierte der BUND-Landesvorstand die Quarzsandgrube Brenig. Foto: D. Jansen

Bornheimer Quarzsandgrube **BUND sichert Biotop**

Bei ihrem Bemühen, die Quarzsandgrube Brenig in Bornheim im Namen der BUND NRW Naturschutzstiftung zu kaufen, ist die Kreisgruppe Rhein-Sieg entscheidende Schritte voran gekommen. Neben den Mitteln aus dem bundesweiten Spendenmailing im Mai 2009 gibt es seit dem 1.9.2009 eine feste Förderzusage der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege, die für den Ankauf ergänzend zur Verfügung steht. Mit dem Ankauf kann das gefährdete ökologische Kleinod dauerhaft gesichert werden.

Gleichzeitig hat der BUND Rhein-Sieg zwei weitere wichtige Verfahren angestoßen: Das ist zum einen das bergrechtliche Entlassungsverfahren für die ehemalige Abgrabung und zum anderen ein ELER-Förderantrag, um über ihn die dringend benötigten ersten Pflegemaßnahmen finanzieren zu können.

Die Kreisgruppe ist hoch erfreut, bald auf BUND-Land direkt für Steinkauz, Wechselkröten und Springfrösche verantwortlich zu sein. Zugleich hofft ihr Sprecher, Achim Baumgartner, mit dem Ankauf der circa 27 Hektar auch im BUND NRW das Instrument des Ankaufs wertvoller Flächen stärken zu können. Denn Eigentum unterstützt nicht nur die Bindung der Naturschützer an eine Fläche, es ist auch der beste langfristige Schutz für die Natur vor Zerstörungen. (ab)

Weitere Bilder und Hintergrund: http://www.bund-rsk.de/quarzgrube_brenig.html

Unbrauchbarer Gesetzentwurf

Chaos im Naturschutzrecht

Im Zuge der Föderalismusreform hat der Bundesgesetzgeber unter anderem auch im Bereich des Naturschutzrechts zusätzliche Kompetenzen erhalten. War das Bundesnaturschutzgesetz früher nur ein Rahmengesetz, das durch landesrechtliche Regelungen ausgefüllt wurde, erhielt der Bund nunmehr die Möglichkeit einer Vollregelung der entsprechenden Materie. Das solcherart novellierte Bundesnaturschutzgesetz tritt am 1. März 2010 in Kraft. Allerdings wurden die Länder ermächtigt, von dem neuen Bundesrecht abweichende Regelungen zu treffen. Obwohl das neue Bundesnaturschutzgesetz seit Juli 2009 gilt, hat das Land NRW diese Entwicklung verschlafen. Jetzt soll ein in Sache völlig unbrauchbarer Gesetzentwurf zur Änderung des Landschaftsgesetzes NRW durchgepeitscht werden. Es drohen Unsicherheit und Chaos im Naturschutzrecht.

Mit Inkrafttreten des neuen Bundesnaturschutzgesetzes werden automatisch mehr als zwei Drittel der NRW-Naturschutzregelungen hinfällig. Dennoch verfehlt der schwarz-gelbe Gesetzentwurf auf eklatante Weise den tatsächlichen Regelungsbedarf im Landesnaturschutzrecht und nutzt auch nicht die sich bietenden Gestaltungsspielräume. Gerade der Schutz der Biodiversität, der fortschreitende Flächenverbrauch und der Klimawandel erfordern ein starkes Naturschutzrecht. Anstatt aber z.B. die Anforderungen an den Biotopverbund, die Gebietsschutzvorschriften und die Landschaftsplanung zu stärken, plant die Landesregierung weitere Verschlechterungen. So soll etwa die Eingriffsregelung zur Regelung der notwendigen Kompensation bei Eingriffen in Natur und Landschaft zur Schonung landwirtschaftlich genutzter Flächen entschärft werden. Auch die Notwendigkeit zur Prüfung der Verträglichkeit bestimmter Vorhaben mit dem Schutz europarechtlich geschützter FFH-Gebiete soll teilweise entfallen.

Im Internationalen Jahr der Biodiversität setzt die Landesregierung damit ein fatales Zeichen. Trotz des breiten Protestes der anerkannten Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU soll das neue Rumpf-Landesnaturschutzgesetz im Hauruck-Verfahren bis zum 1. März verabschiedet werden. (dj)

Mehr Infos: Die Stellungnahme von BUND, LNU und NABU zum Gesetzentwurf von CDU und FDP finden Sie www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/naturschutz/.



D. Jansen

Agenda-Siegel für Dortmunder Kreisgruppe

Preis für BUND-Projekt

Das Apfelsaft- und Streuobstwiesenprojekt der BUND-Kreisgruppe Dortmund wurde als vorbildliches Projekt zur Nachhaltigkeit mit dem Agenda-Siegel und einem Geldpreis ausgezeichnet. Der Dortmunder Oberbürgermeister Ullrich Sierau überreichte die Auszeichnung. „Wir wollen damit das Engagement aus der Mitte der Gesellschaft würdigen und den Begriff der Nachhaltigkeit an Dortmunder Beispielen verdeutlichen“, so Sierau in seiner Würdigung.

Der vom BUND produzierte „Echt Dortmunder Apfelsaft“ ist Endprodukt eines Streuobstwiesenprojekts, das die BUND-Kreisgruppe im Jahr 2005 im Rahmen des Modellvorhabens „Regionen Aktiv - Land gestaltet Zukunft“ gestartet hatte und mit dem Dortmunder Landwirte animiert wurden, das Obst von ihren Obstwiesen zu vermarkten. Neben der Förderung der Landwirte werden mit dem Projekt Naturschutzziele verfolgt, indem extensiv gepflegte artenreiche Streuobstwiesen erhalten werden. Im Laufe des Projekts hat der BUND den Kreis der Lieferanten von Äpfeln auf Dortmunder Privatleute ausgedehnt. Voraussetzung ist die Garantie, dass keine Spritzmittel angewendet werden.

Der BUND kooperiert mit der einzigen Mosterei Dortmunds in den Behindertenwerkstätten Gottesseggen im Dortmunder Süden. Das Obst wird vom BUND zur Mosterei transportiert, dort zu Saft verarbeitet und etikettiert. Anschließend werden die Saftkästen vom BUND abgeholt und zum Verkauf in Bio- und Hoffläden sowie an einem Eine-Welt-Stand bereitgestellt. Mit dem Preis wird die ehrenamtliche Arbeit - insbesondere von Ulla Trojan und Birger Dunsche, den Leitern des Projekts - gewürdigt. *Thomas Quittek*



Birger Dunsche (r.) nahm für die BUND-Kreisgruppe Dortmund aus den Händen von Oberbürgermeister Ullrich Sierau eine Urkunde mit Agenda-Siegel und einen Scheck über 500 Euro für das Apfelsaft- und Streuobstwiesenprojekt entgegen. Mehr Infos: www.bund-dortmund.de Foto: Agenda-Büro

Gefährliche Hochspannungsleitung

Klage soll Uhu retten

Zum Schutz des bedrohten Uhus hat der BUND beim Oberverwaltungsgericht in Münster Klage gegen den Bau einer Hochspannungsfreileitung zur Netzanbindung des geplanten Trianel-Kohlekraftwerks in Lünen eingereicht. Der BUND rügt mit der Klage insbesondere gravierende Verstöße der Planung gegen die gesetzlichen Bestimmungen zum Artenschutz. Durch den Bau der Hochspannungsfreileitung käme es unter anderem zu einem signifikant erhöhten Tötungsrisiko in Bezug auf das einzige im Betrachtungsraum vorkommende Brutpaar des streng geschützten Uhus (*Bubo bubo*). Der Uhu ist die größte europäische Eulenart. Der Gesamtbestand in NRW beträgt nur 180-200 Brutpaare (2006).

Die von der Netzleitung Lünen GmbH geplante Hochspannungsfreileitung soll in 200 Meter Entfernung zum Brutplatz eines Uhu-Paares vorbei führen. Dabei zeigen wissenschaftliche Untersuchungen, dass die Kollision mit Freileitungen eine der Haupt-

Todesursachen für den Uhu ist. Neben der erhöhten Kollisionsgefahr beklagt der BUND die erhebliche Zerschneidung des für den Erhalt des Eulenvogels überlebenswichtigen Jagd-Freiraums. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Brutstandort aufgegeben wird, ist daher nach Einschätzung der BUND-Experten sehr hoch. Dies wäre ein empfindlicher Rückschlag für den Uhuschutz. Damit steht die Planung auch in eklatantem Widerspruch zu den von der NRW-Landesregierung definierten Schutzzielen für den Uhu. Danach ist der Schutz aller Brutvorkommen in Nordrhein-Westfalen ebenso vorgesehen wie die Vermeidung der Zerschneidung der besiedelten Lebensräume und der Schutz vor gefährlichen Strommasten und Freileitungen. Die technische Alternative einer Erdkabellösung ist aber vorschnell verworfen worden.

Ob die Freileitung überdies jemals gebraucht würde, bleibt fraglich. Gegen das Trianel-Kohlekraftwerk

läuft eine aussichtsreiche Klage des BUND, und das ebenfalls zur Anbindung vorgesehene Evonik-Kohlekraftwerk in Lünen existiert nur auf dem Papier. (*dj*)

Mehr Infos:

www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/



D. Haugk / Pixelio

BUND-Spechte erhalten den Bürgerpreis Ausgezeichnete Jüchener

Glückwunsch an die BUND-Spechte in Jüchen! Ihre langjährigen und vielfältigen Aktivitäten als junge UmweltschützerInnen wurden kürzlich mit dem Bürgerpreis 2009 ausgezeichnet. Mit einer kleinen Delegation reisten sie eigens zum ARD-Hauptstadtstudio nach Berlin, um diesen bedeutendsten bundesweiten Eh-

renamtspreis der Initiative „für mich. für uns. für alle.“ entgegenzunehmen. Die Palette der von Dr. Luzie Fehrenbacher angeleiteten Kinder- und Jugendgruppe im Alter von 8 bis 15 Jahren ist beeindruckend: Sie pflanzen Ap-

felbäume und Sträucher, betreuen einen Patenwald, haben Brutstätten für Eisvögel gebaut und stellen selbst gestaltete Tonnen zur Sammlung von Kork auf, um den Erlös zum Schutz der Korkeichenhaine in Spanien zu spenden. Damit engagieren sie sich nicht nur in ihrer Region, in der durch den Braunkohletagebau viele Dörfer vernichtet und die Landschaft geschunden wird, sondern auch international. Außerdem haben sie ein CD- und Handy-Sammelsystem eingerichtet. Von den Einnahmen der alten Geräte kaufen sie die Bäume und Sträucher.

Ein großes Projekt des Jahres 2009 war die „Geliebte Wildnis“: Um Wildpflanzen und Tiere in ihrer Gemeinde zu unterstützen, versuchten die Jugendlichen, die Jüchener Bürger durch Informationsveranstaltungen und mit dem Verteilen von Samen der Schmetterlingsblume zu überzeugen, einen Teil ihres Gartens sich selbst zu überlassen – und so wieder ein Stück ungestörter Natur zum Leben zu bringen. (rb)

Klimagipfel an Aktionen, Demos und dem Klimaforum 09.

Im Vorfeld der Klimakonferenz sensibilisierte die BUNDjugend mit einer Aktion in der Düsseldorfer Innenstadt darüber hinaus für ein klimafreundliches Verhalten. Die Jugendlichen verteilten als Klimapolizei Knöllchen an PS-starke KlimasünderInnen sowie Belohnungen an FahrradfahrerInnen. Zahlreiche PassantInnen suchten das Gespräch mit den Klima-PolizistInnen und lobten den Einsatz oder zeigten sich nach Erhalt eines Knöllchens nachdenklich oder gar einsichtig.

Das Interesse der BUND-Jugendlichen am Klimaschutz beschränkte sich jedoch nicht auf Aktivitäten rund um den Klimagipfel. Bereits im September war während eines Workshops über kreative Aktionsformen der Ruf der Jugendlichen nach Klimaaktionen laut geworden. Einen Monat später trafen sich Aktive der BUNDjugend NRW am Rand des Tagebau-Lochs von Garzweiler, um Aktivitäten gegen den Abbau von Braunkohle und deren klimafeindliche Verstromung mit immensen CO₂-Emissionen zu planen. Am Ende der Diskussion stand ein klares Ziel für das Jahr 2010: Ein Klima-Camp im Abbaugbiet von Garzweiler!

Das BUNDjugend Klima-Camp – das Highlight des Veranstaltungsprogramms 2010 – wird vom 21. bis 29. August in Erkelenz-Borschemich stattfinden. Unweit der Abbruchkante des Tagebaus werden sich die Jugendlichen neun Tage mit den Themen „Klimawandel“, „Energieversorgung der Zukunft“ und „Anders Leben“ auseinander setzen. Mit vielen kleinen und großen Aktionen will die BUNDjugend dem Energieriesen RWE und allen Mitmenschen zeigen: Wir lassen uns nicht verkohlen! MitstreiterInnen vor und während des Camps sind herzlich willkommen.

Andrea Schaupp und Stefan Förster

Mehr Infos: www.bundjugend-nrw.de/klima-camp oder unter Tel.: 02921-33640; info@bundjugend-nrw.de.

Knöllchen für Klimasünder auf der Kö: Die BUNDjugend-Klimapolizei im Einsatz. Foto: u. Wevers

BUNDjugend aktiv fürs Klima Knöllchen für Klimasünder

Der Klimawandel ist zu einem der wichtigsten Themen überhaupt geworden – nicht nur, aber gerade auch für junge Menschen. Demzufolge standen die BUNDjugend-Aktivitäten der letzten Monate im Zeichen des Klimaschutzes. So fuhren zahlreiche Aktive aus NRW nach Kopenhagen und beteiligten sich zum



BUND-Archiv



Weitere Infos:
www.bund-juechen.de; Dr. Luzie Fehrenbacher, Tel. 02182 / 5451

„Wir brauchen eine andere Politik“

von Paul Kröfges, BUND-Landesvorsitzender

Fünf Jahre schwarz-gelbe Regierung haben Nordrhein-Westfalen verändert - leider nicht zum Positiven. Diese Koalition trat erklärtermaßen an, ökologische Fortschritte zurückzudrehen – und hat diese Drohung wahr gemacht.

Mitwirkungs- und Klagerechte von BürgerInnen und Verbänden wurden eingeschränkt, Umweltstandards herabgesetzt, die Umweltverwaltung zerschlagen, der Ausbau der Windenergie behindert, und statt Förderung der Biolandwirtschaft boomen wieder Intensivlandwirtschaft und Tierfabriken. Trotz zahlloser Gesprächs- und Konsensrunden und dem Credo von „der Bewahrung der Schöpfung“ können wir nur enttäuscht feststellen: Es wurde versäumt, die Weichen für ein zukunftsfähiges NRW zu stellen, stattdessen stellen wir überwiegend Rückschritte oder Stagnation im Umwelt- und Naturschutz fest.

Flächenverbrauch und Zersiedelung des Landes schreiten trotz demographischen Wandels fort, der Braunkohleabbau zerfrisst weiter die Landschaft, überall im Lande werden Großkraftwerke geplant, der Umstieg in eine energiesparende, regenerativ, effizient und dezentral versorgte, moderne Industriegesellschaft ist nicht in Ansätzen erkennbar - im Gegenteil. Diese Koalition der Klimaignoranten behält die rote Laterne in Deutschland und schafft sogar im Eilverfahren Klimaschutzparagrafen in der Landesplanung ab, um dem am Widerstand von BUND und betroffenen Bürgern vorerst gescheiterten Monsterkraftwerk des Großkonzerns E.On in Datteln doch noch eine mehr als zweifelhafte Rechtsbasis zu verschaffen.

Die Mängelliste kann fortgesetzt werden: Der Störfall wird zum Normalfall, da die staatliche Überwachung zurückgefahren und die Genehmigungsverfahren, auch für Risikobetriebe, vereinfacht wurden. Bayer und Co. können sich auf Schwarz-Gelb in NRW verlassen, die ihnen dabei helfen, eine CO-Giftgaspipeline mitten durch Wohngebiete zu drücken. Die Auto-Vorrangpolitik verursacht weiter Feinstaub und Stickoxide, innovative Konzepte für eine Verkehrswende sind nicht in Sicht.

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist alles andere als ambitioniert und entspricht nicht den europäischen Vorgaben, die Ausnahme wird zur Regel erklärt. Auch sonst überwiegend im Naturschutz die Defizite, der Niedergang der Artenvielfalt wurde nicht gestoppt, ein zweiter Nationalpark in NRW scheiterte, und der bestehende Nationalpark in der Eifel ist weit davon entfernt, ein Juwel zu sein - zu sehr überwiegt dort der Event- und Tourismusaspekt. Und gleich nebenan begann im großen Stil der Verkauf des Staatswaldes, obwohl NRW den niedrigsten Anteil aller Bundesländer an öffentlichem Waldbesitz hat.

Die „Privat vor Staat“-Ideologie hat in NRW tiefe Spuren hinterlassen. Wir treten dafür ein, dass dies in NRW geändert wird. Wir brauchen eine andere politische Konstellation in den nächsten fünf Jahren – lasst uns dafür kämpfen!



D. Jansen

Landtagswahl 2010

Großer BUND-KandidatInnencheck

Am 9. Mai 2010 wird gewählt. Die letzten fünf Jahre der schwarz-gelben Koalition haben gezeigt: Der Natur-, Umwelt- und Klimaschutz gerät zunehmend ins politische Abseits, auf breiter Polit-Front sind gravierende Rückschritte zu verzeichnen. Daher mischt sich der BUND aktiv in den Landtagswahlkampf ein. Vier Hauptforderungen stehen dabei im Zentrum: Kein Neubau von Kohlekraftwerken! Für eine gentechnikfreie Landwirtschaft! Stopp des Flughafenausbaus! Stopp des Flächenfraßes!

Der BUND stellt die 640 LandtagsbewerberInnen aus 128 NRW-Wahlkreisen auf den Prüfstand bezüglich ihrer umweltpolitischen Tauglichkeit. Im großen BUND-KandidatInnencheck stellen wir per Online-Befragung fünf Fragen: vier zu den ausgewählten BUND-Hauptforderungen und eine zu den lokalen umweltpolitischen Knackpunkten. Die Ergebnisse werden deutlich zeigen, welche KandidatInnen unsere umweltpolitischen Anforderungen erfüllen. Auch für die Arbeit der BUND-Gruppen vor Ort wird der Wahlcheck wertvolles Material liefern.

Anfang März wird der KandidatInnencheck unter http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/wahlen_in_nrw/ online aufzurufen sein. (dj)



Bundesweiter Protest

63.510 gegen Lex E.On

Heimlich, still und leise wollte die schwarz-gelbe Landesregierung die vom BUND als Lex E.On kritisierte Streichung des „Klimaschutz“-Paragrafen 26 aus dem Gesetz zur Landesentwicklung streichen und damit eine Hürde für das umstrittene E.On-Steinkohlenkraftwerk in Datteln nachträglich beseitigen. Doch daraus wurde nichts: In einer gemeinsam vom Kampagnennetzwerk Campact und dem BUND initiierten Online-Kampagne protestierten binnen kürzester Zeit mehr

als 63.500 Menschen gegen dieses demokratisch fragwürdige Vorgehen. Bundesweit berichteten die Medien, die Empörung war groß.

Doch die Landtagsmehrheit von FDP und CDU zeigte sich davon gänzlich unbeeindruckt. In der letzten Sitzung vor der Weihnachtspause wurde der Gesetzentwurf

verabschiedet. Damit entfiel der landesgesetzliche Vorrang für regenerative Energien, für das Energiesparen und für die effiziente Nutzung der Energie durch Kraft-Wärme-Kopplung. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers rechtfertigte diesen klimaschutzpolitischen Offenbarungseid parallel zum Weltklimagipfel in Kopenhagen mit der Vermeidung von Doppelregelungen. Schließlich werde ja alles im Landesentwicklungsplan (LEP) geregelt.

Doch diese Behauptung entlarvte der BUND schnell als Täuschung der Öffentlichkeit. Denn auch der aktuelle Entwurf zur Änderung des LEP sieht massive Verschlechterungen in Bezug auf die Klimaschutzstandards vor. Landesweit sollen 36 Standorte für Kraftwerke gesichert werden. Darunter befinden sich z.B. das vom BUND ebenfalls beklagte Evonik-Kohlekraftwerk in Herne und das umstrittene Trianel-Kraftwerk in Krefeld-Uerdingen. Beide Flächen sind im bisher geltenden LEP nicht als Kraftwerksstandorte ausgewiesen.

Mit den Gesetzesänderungen soll also nicht nur der Dattelner Kraftwerks-Schwarzbau nachträglich lega-

lisiert werden. Erkennbar wird auch das Ziel verfolgt, den Weg für weitere klimaschädliche Kohlekraftwerke zu ebnen.

Ob diese verantwortungslose Strategie aber im Falle des Dattelner Kraftwerks erfolgreich sein wird, darf bezweifelt werden. Zum einen ist fraglich, ob der Rat der Stadt Datteln ein neues Bebauungsplanverfahren für das Kraftwerk auf Grundlage des neuen LEP in Gang setzt. Zum anderen können durch solche nachträglichen Trickserien längst nicht alle vom Oberverwaltungsgericht konstatierten Rechtswidrigkeiten „geheilt“ werden. So hatte das Gericht die Aufhebung des Bebauungsplanes z.B. auch mit der viel zu großen Nähe des gigantischen Kühlturms zur Wohnbebauung und den Schädigungen der geschützten FFH-Gebiete begründet. Wie diese Mängel ohne den Abriss des Kraftwerks beseitigt werden können, ist nicht ersichtlich. Der BUND ist deshalb optimistisch, letztendlich den vollständigen Rückbau des Kohlemeilers gerichtlich durchsetzen zu können. (dj)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/



Erneuerbare Energien - praktisch umgesetzt

Der BUND NRW hat jetzt seine dritte Fotovoltaikanlage in Betrieb genommen. Die neue Anlage mit 10 Kilowatt Spitzenleistung erzeugt ab sofort sauberen Strom auf dem Dach des Eugen-Schmalenberg-Berufskollegs in sauerländischen Halver.

Für den BUND steht neben dem wirtschaftlichen Nutzen auch der Multiplikatoreffekt im Fokus: Die SchülerInnen des Berufskollegs werden mit der Nutzung der Sonnenenergie vertraut. Außerdem werden die ökologischen, ökonomischen und technischen Aspekte der Anlage in den Unterricht eingebunden. (jb)



G. Brunsmeier